

# JURISTISCHE RUNDSCHAU

1991

Mai

Heft 5, S. 177

## Das Strafanwendungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch nach dem Einigungsvertrag

Von Ministerialrat Dr. Roland Helgerth und Oberregierungsrat Peter König, München

Seit 3.10.1990 gilt unterschiedliches Strafrecht für den Schwangerschaftsabbruch. Wie Taten zu beurteilen sind, bei denen Tatortrecht und Heimatrecht des Täters auseinanderfallen, läßt der Einigungsvertrag offen. Es gelten die Regeln des interlokalen Strafrechts. Danach ist grundsätzlich Tatortrecht anzuwenden. Eine ergänzende Heranziehung des Heimatrechts ist bei den in den §§ 5 und 6 StGB genannten Straftaten geboten. Abtreibungen, die im Beitrittsgebiet durch Personen aus den alten Bundesländern vorgenommen werden, unterliegen daher den §§ 218 ff StGB.

### 1. Problemstellung

Kaum eine Frage bei der Herstellung der Rechtseinheit Deutschlands war so umstritten wie die Regelungen zur Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches. Zunächst stand im Vordergrund, ob das bundesdeutsche Strafrecht auch für das Beitrittsgebiet übernommen wird<sup>1</sup>. Nachdem sich relativ rasch herausgestellt hatte, daß es in diesem Bereich unterschiedliches Strafrecht geben werde, rückte mit dem interlokalen Strafrecht eine Materie in den Blick, die in der juristischen Diskussion der letzten Jahre eher ein Schattendasein geführt hatte<sup>2</sup>. Die Begriffe Tatort- und Wohnortprinzip waren plötzlich in aller Munde und viele meinten, den gültigen Stand der rechtswissenschaftlichen Erkenntnisse zu wissen oder gaben es vor<sup>3</sup>. Am Ende der zum Teil erbittert geführten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf mehrfach das Scheitern des gesamten Vertragswerkes in die Waagschale geworfen wurde, steht nunmehr der Umstand, daß der Einigungsvertrag<sup>4</sup> das Strafanwendungsrecht nur punktuell regelt und damit auch für das Recht des Schwangerschaftsabbruches offen läßt, ob nun das Tatort- oder das Wohnortprinzip gelten solle<sup>5</sup>. Dies kann nicht befriedigen. Bereits in einer der ersten Abhandlungen in der Fachliteratur sind erhebliche Mißverständnisse deutlich geworden<sup>6</sup>. Die folgenden Ausführungen wollen einen Beitrag dazu leisten, die aufgeworfenen Probleme zu vertiefen und einer Lösung zuzuführen.

### II. Gespaltenes Abtreibungsrecht

Nach der Wiedervereinigung gilt für eine Übergangszeit (Art. 31 Abs. 4 Satz 1 des Einigungsvertrages) gespaltenes Abtreibungsrecht<sup>7</sup>.

#### 1. Indikationenregelung der alten Bundesländer

In den alten Bundesländern gilt für den Schwangerschaftsabbruch die Indikationenregelung fort. Die §§ 218 ff StGB halten an dem grundsätzlichen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs fest, erklären ihn aber bei Vorliegen einer Indikation für straffrei<sup>8</sup>. Die Schwangere

ist strafrechtlich vielfach privilegiert (§§ 218 Abs. 3 Satz 1 bis 3, Abs. 4 Satz 2, § 218 b Abs. 1 Satz 2, § 219 Abs. 1 Satz 2, § 219 a Abs. 2, § 219 c Abs. 2 StGB). Insbesondere im Hinblick auf § 218 Abs. 3 Satz 2 StGB, aber auch aufgrund der erheblichen Weite und Unschärfe des § 218 a StGB wird häufig (zu Recht) von einer „verkappeten“<sup>9</sup> Fristenregelung gesprochen<sup>10</sup>.

#### 2. Fristenregelung der neuen Bundesländer

Die §§ 218 ff StGB sowie die damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften des 5. Strafrechtsreformgesetzes<sup>11</sup> und des § 5 Nr. 9 StGB gelten im Beitrittsgebiet nicht<sup>12</sup>. Nach Art. 9 Abs. 2 des Einigungsvertrages in Verbindung mit Anlage II Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt I Nr. 1, 4 und 5 sind dort die §§ 153 ff StGB-DDR, die §§ 1 Abs. 2 bis 4 Abs. 1, § 5 des Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9. 3. 1972<sup>13</sup> und die § 1 bis § 4 Abs. 2 Satz 1 sowie § 4 Abs. 3 bis § 9 der Durchführungsbestimmung zu diesem Gesetz<sup>14</sup> in Kraft geblieben. Die genannten Vorschriften sind — soweit mit dem Grundgesetz unter Berücksichtigung des Einigungsvertrages vereinbar<sup>15</sup> — nach Art. 9 Abs. 4 Satz 2, Abs. 2 des Einigungsvertrages partielles Bundes-

<sup>1</sup> Vgl. nur DER SPIEGEL vom 14. 5. 1990; Die Zeit vom 11. 5. 1990 und die Süddeutsche Zeitung vom 14. 5. 1990.

<sup>2</sup> Vgl. etwa LK-Tröndle Rdn. 88 Vor § 3 StGB; Lenke in Kommentar zum Strafgesetzbuch, Reihe Alternativkommentare 1990, Rdn. 44 vor § 3.

<sup>3</sup> Vgl. insbesondere Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 29. 8. 1990: „Juristisches Einmaleins“, Jurastudenten werden es mit Erschauern gelesen haben; siehe zum Verlauf der Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition Strömer, ROW 1991, 11/12 f.; FAZ vom 14. 8. 1990; DER SPIEGEL vom 27. 8. 1990; Die Welt vom 29. 8. 1990.

<sup>4</sup> BGBl. 1990 II S. 885; GBl.-DDR I S. 1627.

<sup>5</sup> Schneiders, MDR 1990, 1049/1050; Strömer aaO (Fn. 3) S. 13; Einigungsvertrag, Justiz und Rechtspflege, Herausgeber Horst Viehmann, 1990, S. 31.

<sup>6</sup> Wilms, ZRP 1990, 470.

<sup>7</sup> Wilms aaO (Fn. 6) S. 473; aus verfassungsprozessualer Sicht: Sachs, DtZ 1990, 193; Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1053; Strömer aaO (Fn. 3) S. 11 f.; Philipp, MDR 1991, 1; — mit bedenkenlichen Schlußfolgerungen — Frommel, ZRP 1990, 351 und 354.

<sup>8</sup> Vgl. zu dem kaum mehr überschaubaren Schrifttum nur die Erläuterungen bei Lackner, StGB, 18. Aufl. 1989, und Dreher/Tröndle, StGB, 45. Aufl. 1991, jeweils Vor § 218 StGB; siehe zur Einstufung der Indikationen instruktiv BayObLG JR 1990, 358 mit zustimmender Anmerkung Otto, JR 1990, 342.

<sup>9</sup> Das Fristenmodell des 5. Strafrechtsreformgesetzes vom 18. 6. 1974 (BGBl. I S. 1297) hat das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt (BVerfGE 39, 1).

<sup>10</sup> Vgl. Tröndle, ZRP 1989, 54 m. w. N.; gegen das Indikationsfeststellungsverfahren nach § 218 b, § 219 StGB — unzutreffend demnach Wilms aaO (Fn. 6) S. 472 — sowie gegen die §§ 200 f. g. RVO ist derzeit eine Normenkontrollklage Bayerns beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

<sup>11</sup> AAo (Fn. 9) i. d. F. des Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. 5. 1976, BGBl. I S. 1213.

<sup>12</sup> Art. 8 des Einigungsvertrages in Verbindung mit Anlage I Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt I Nr. 1, Abschnitt III Nr. 1.

<sup>13</sup> GBl.-DDR I Nr. 5 S. 89, im folgenden SchwAG.

<sup>14</sup> GBl.-DDR II Nr. 12 S. 149, im folgenden DB.

<sup>15</sup> Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1053; Sachs aaO (Fn. 7) S. 193/194; Philipp aaO (Fn. 7) S. 2 ff.

recht geworden. Die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches bestimmt sich danach in allen wesentlichen Punkten nach dem Strafrecht der ehemaligen DDR, das sich kurz wie folgt skizzieren läßt:

Es gilt eine Fristenregelung. Die Schwangere ist grundsätzlich berechtigt, die Schwangerschaft innerhalb von 12 Wochen nach deren Beginn abbrechen zu lassen<sup>16</sup>. Der den Eingriff vornehmende Arzt hat über die *medizinische* Bedeutung des Eingriffs aufzuklären und über die künftige Anwendung schwangerschaftsverhütender Mittel zu beraten<sup>17</sup>. Nach Ablauf von 12 Wochen kann ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden, wenn die Fortdauer der Schwangerschaft das Leben der Schwangeren gefährden würde oder andere schwerwiegende Gründe vorliegen<sup>18</sup>. Die Entscheidung ist einer Fachärztekommision übertragen<sup>19</sup>. Ein unter Verletzung des SchwAG und der DB vorgenommener Schwangerschaftsabbruch stellt grundsätzlich eine Straftat nach §§ 153 ff StGB dar<sup>20</sup>, es sei denn, der Täter handelt zur Rettung des Lebens der Frau<sup>21</sup>. Tauglicher Täter ist nur ein Dritter, also etwa der die Abtreibung vornehmende Arzt (§ 153 Abs. 1 StGB-DDR) oder der Unterstützer oder Veranlasser (§ 153 Abs. 2 StGB-DDR). Die Schwangere selbst ist immer straflos gestellt<sup>22</sup>.

### III. Regelung des Einigungsvertrages

Die Bundesregierung wollte die Frage, nach welchem Recht im Gebiet der neuen Länder vorgenommene Abtreibungen während der Übergangszeit strafrechtlich zu beurteilen sind, wenn Tatort und Wohnort auseinanderfallen, ursprünglich durch ausdrückliche Regelung im Einigungsvertrag klarstellen. Danach sollte das Recht zur Anwendung kommen, das an dem Ort gilt, an dem der Täter seine Lebensgrundlage hat (Wohnortprinzip). Hintergrund war die Überlegung, einen „Abtreibungstourismus“ westdeutscher Frauen in das Gebiet der ehemaligen DDR zu verhindern.

Der Formulierungsvorschlag lautete wie folgt:

#### „Artikel 1 a Interlokales Strafrecht

(1) Soweit im Geltungsbereich dieses Gesetzes unterschiedliches Strafrecht gilt, findet das Recht des Tatorts, bei mehreren Tatorten das strengste Gesetz Anwendung, wenn nachfolgend nicht etwas anderes bestimmt ist.

(2) Darüber hinaus gilt das Strafgesetzbuch für im Inland begangene Taten nach den §§ 175, 218, 218 b und 219 des Strafgesetzbuches, wenn

1. im Fall des § 175 Strafgesetzbuches der Täter oder der, gegen den die Tat begangen wird, zur Zeit der Tat Deutscher ist und seine Lebensgrundlage an einem Ort hat, an dem das Strafgesetzbuch bereits vor dem ... gegolten hat, und
2. in den Fällen der §§ 218, 218 b und 219 des Strafgesetzbuches der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist und seine Lebensgrundlage in dem in Nummer 1 bezeichneten Ort hat.“

Diese Bestimmungen wurden in der Folge nach intensiven politischen Diskussionen<sup>23</sup> ersatzlos gestrichen. Im Einigungsvertrag finden sich nunmehr lediglich noch Kollisionsnormen zu speziellen Komplexen wie der Anordnung der Sicherungsverwahrung<sup>24</sup> und der Anwendung internationalen Strafrechts<sup>25</sup> sowie Übergangsbestimmungen<sup>26</sup>. Eine durchgängige Entscheidung für den einen oder anderen Grundsatz ist nicht erkennbar. Zum Teil wird auf das Wohnsitz- oder Lebensgrundlageprinzip<sup>27</sup>, zum Teil auf das Tatortprinzip<sup>28</sup> abgestellt. Zur generellen Frage, welches Recht zur Anwendung kommen soll, wenn Taten an interlokal unterschiedlichem

Strafrecht zu messen sind, enthält der Einigungsvertrag keine Aussage. Insbesondere kann man aus der Tatsache, daß § 5 Nr. 9 StGB im Beitrittsgebiet nicht in Kraft getreten ist, nichts für die Frage des Strafanwendungsrechts gewinnen. § 5 Nr. 9 StGB steht in untrennbarem Zusammenhang mit § 218 StGB, der in der Vorschrift auch zitiert ist. Eine isolierte Überleitung des § 5 Nr. 9 ohne Überleitung auch der §§ 218, 218 a StGB müßte daher ausscheiden<sup>29</sup>.

### IV. Internationales Strafrecht

Eine Lösung der Kollisionsproblematik findet sich auch nicht in Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages. Völlig unzweifelhaft ist es, daß *alle* Abtreibungen, die, sei es von Deutschen aus den neuen Bundesländern<sup>30</sup>, sei es von Ausländern<sup>31</sup>, in den alten Bundesländern begangen werden, den §§ 218 ff StGB unterliegen<sup>32</sup>. Für eine gegenteilige Interpretation, die im übrigen erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt wäre, geben weder Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages noch andere Bestimmungen des Einigungsvertrages etwas her. Zweck dieser Vorschrift ist es klarzustellen, daß Taten Deutscher *im Ausland*, für die im Inland unterschiedliches Strafrecht gilt, an dem Recht des Orts zu messen sind, an dem der Täter seine Lebensgrundlage hat.

Auf den Schwangerschaftsabbruch bezogen bedeutet dies, daß für Auslandsstaten Deutscher mit Lebensgrundlage in den alten Bundesländern keine Änderung eintritt. Deren Strafbarkeit beurteilt sich weiterhin nach §§ 218 f, § 5 Nr. 9, §§ 218 ff, § 7 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 StGB<sup>33</sup>. Für Täter aus Ostdeutschland gilt hingegen das Abtreibungsrecht der ehemaligen DDR. Dabei setzt eine Strafbarkeit des im Ausland handelnden ostdeutschen Arztes oder sonstiger Beteiligten voraus, daß die Tat sowohl nach dem ausländischen Recht als auch nach den §§ 153 ff StGB-DDR und den ergänzenden Vorschriften im

<sup>16</sup> § 1 Abs. 2 SchwAG, § 1 Abs. 1 DB.

<sup>17</sup> § 1 Abs. 3 SchwAG, § 3 Abs. 1 Satz 2, § 4 Abs. 2 Satz 1 DB; daraus, sowie aus dem — nicht in Kraft gebliebenen — § 1 Abs. 1 SchwAG wird deutlich, daß die Abtreibung nach dem Recht der ehemaligen DDR als andere Form der Empfängnisverhütung eingestuft war, vgl. auch § 3 Abs. 2 Satz 1 SchwAG, wonach jeweils nach Ablauf von sechs Monaten seit der letzten Abtreibung ohne Einschränkung erneut eine Unterbrechung erfolgen kann; vgl. auch Strömer aaO (Fn. 3) S. 12 Fn. 3; Sachs (Fn. 7) S. 193.

<sup>18</sup> § 2 Abs. 1 SchwAG, § 5 Abs. 3 DB.

<sup>19</sup> § 2 Abs. 2 SchwAG, § 5 Abs. 2, § 6, 7 DB.

<sup>20</sup> Gesetzestextuell handelt es sich im Grunde um eine nebenstrafrechtliche Konstruktion.

<sup>21</sup> Vgl. Lammich, Landesbericht Deutsche Demokratische Republik, in: Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich, Teil 1: Europa, Herausgeber Eser/Koch, 1. Aufl. 1988, S. 325/360.

<sup>22</sup> Strafrecht der DDR, Kommentar zum Strafgesetzbuch, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1981, Anm. 3 zu § 153; Strafrecht der DDR, Lehrkommentar zum Strafgesetzbuch, Band II, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1969, Anm. 2 zu § 153; Lammich aaO (Fn. 21) S. 361.

<sup>23</sup> Vgl. dazu unten VI.

<sup>24</sup> Art. 1 a EGStGB i. d. F. von Art. 8 des Einigungsvertrages i. V. m. Anlage I Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt II Nr. 1 a.

<sup>25</sup> Art. 1 b EGStGB i. d. F. von Art. 8 des Einigungsvertrages i. V. m. Anlage I Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt II Nr. 1 a.

<sup>26</sup> Art. 315 bis 315 c EGStGB i. d. F. von Art. 8 des Einigungsvertrages i. V. m. Anlage I Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt II Nr. 1 b und c.

<sup>27</sup> Art. 1 a Nr. 2, Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages.

<sup>28</sup> Art. 1 a Nr. 1 EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages.

<sup>29</sup> I. E. ebenso Strömer aaO (Fn. 3) S. 13; a. A. Dreher/Tröndle, Rdn. 9 zu § 5 StGB; die diesbezügliche Maßgabe war i. Ü. in den ursprünglichen Formulierungsvorschlägen der Bundesregierung, die noch das kombinierte Tatort-/Wohnortprinzip vorsahen, bereits enthalten.

<sup>30</sup> S. näher unten V I.

<sup>31</sup> Vgl. Koch, Landesbericht Bundesrepublik Deutschland, in: Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich aaO (Fn. 21) S. 17/108 f.

<sup>32</sup> Unklar — unter völliger Verkennung der Regelung — Wilms aaO (Fn. 6) S. 474.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu etwa Koch aaO (Fn. 31) S. 109 f.; Dreher/Tröndle Rdn. 9 zu § 5, Rdn. 6 zu § 7 StGB.

SchwAG und den DB mit Strafe bedroht ist. Ist die Schwangere Deutsche, so gilt § 7 Abs. 1 StGB<sup>34</sup>; ist sie Ausländerin, so dürfte § 7 Abs. 2 Nr. 1 StGB anwendbar sein<sup>35</sup>. Damit kann es dazu kommen, daß sich von mehreren am Schwangerschaftsabbruch beteiligten Deutschen einer strafbar macht, während der andere straffrei ausgeht. Es lassen sich zahlreiche Kombinationen denken, in denen dies der Fall ist. So kann die Schwangere, sofern sie ihre Lebensgrundlage in den alten Bundesländern hat<sup>36</sup>, gegen §§ 218 f StGB verstoßen, während der ostdeutsche Arzt nicht strafbar ist, weil die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 StGB und/oder der §§ 153 ff StGB i. V. m. dem SchwAG sowie den DB nicht vorliegen. Das ohnehin schwierige und selbst für Juristen, die nicht ständig mit der Materie befaßt sind, kaum mehr durchschaubare Abtreibungsrecht<sup>37</sup> ist noch weiter verkompliziert worden<sup>38</sup>. Ist dies schon dort der Fall, wo der Einigungsvertrag mit Art. 1 b EGStGB selbst eine Regelung trifft, so gilt dies erst recht da, wo er schweigt.

### V. Interlokales Strafrecht

Soweit der Einigungsvertrag zum innerdeutschen Strafanwendungsrecht Lücken läßt, müssen ergänzend die anerkannten Regeln des interlokalen Strafrechts herangezogen werden. In diesem Punkt besteht wohl allgemeine Übereinstimmung<sup>39</sup>.

#### 1. Tatortprinzip

Das interlokale Strafrecht ist nicht gesetzlich geregelt, sondern gilt als Gewohnheitsrecht kraft eines über einhundert Jahre alten Gerichtsbrauches und allgemeiner Anerkennung im Schrifttum<sup>40</sup>. Der maßgebliche Anknüpfungspunkt ist das Tatortprinzip<sup>41</sup>. Dies bedeutet, daß strafbare Handlungen, die in einem von mehreren deutschen Rechtsgebieten begangen werden, von dem erkennenden Gericht grundsätzlich nach dem Strafrecht zu beurteilen sind, das am Tatort gilt. Für den Begriff des Tatorts ist § 9 StGB bestimmend<sup>42</sup>.

Mit der grundsätzlichen Geltung des Tatortprinzips läßt sich ein Teil der denkbaren Kollisionsfälle von sicherem Boden aus lösen. Freilich sind insoweit in erster Linie die eher theoretischen Konstellationen betroffen, in denen Deutsche mit Lebensgrundlage in den neuen Ländern im alten Bundesgebiet gegen die §§ 218 ff StGB verstoßen<sup>43</sup>. So folgt aus dem Tatortprinzip, daß etwa ein Arzt aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, der in Westdeutschland im Widerspruch zu §§ 218 ff StGB abtreibt, grundsätzlich ebenso mit Strafe zu rechnen hat wie eine ostdeutsche Schwangere, die einen nicht indizierten Schwangerschaftsabbruch an sich vornehmen läßt. Dabei spielt es keine Rolle, daß die §§ 218 ff StGB im Beitrittsgebiet weitgehend keine Entsprechung haben. Denn nach den (in diesem Punkt soweit ersichtlich unumstrittenen) Grundsätzen des interlokalen Strafrechts ist das Tatortrecht selbst dann anzuwenden, wenn im Land des erkennenden Gerichts die Tat überhaupt nicht bestraft wird<sup>44</sup>. Wesentlicher Gesichtspunkt ist es dabei, daß der Richter, der an das Bundesrecht gebunden ist, sinnvoll nur das am Tatort geltende Bundesrecht anwenden kann, das den Täter in seinen Handlungen zu bestimmen hat<sup>45</sup>.

Denkbar ist weiter, daß die Tat an verschiedenen Tatorten begangen wird. In solchen Fällen ist das strengste Gesetz anzuwenden<sup>46</sup>.

#### 2. Wohnortprinzip

Die Frage, ob im interlokalen Strafrecht auch das Wohnortprinzip zu berücksichtigen ist, wird im Schrifttum nicht einheitlich beantwortet<sup>47</sup>. Relevant kann sie in beiden Richtungen sein. So ist es vorstellbar, daß ein ostdeutscher Arzt in Westdeutschland eine Abtreibung in Übereinstimmung mit den §§ 218 ff StGB vornimmt, dabei aber gegen das SchwAG und/oder die DB verstößt. Da nach ehemaligem DDR-Recht jeder Verstoß gegen die Verfahrensbestimmungen auch die Strafbarkeit auslöste<sup>48</sup>, würde beispielsweise ein Abbruch außerhalb einer staatlichen stationären gynäkologischen Einrichtung<sup>49</sup> strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen<sup>50</sup>. Fraglich ist auch, ob das Heimatrecht herangezogen werden kann, wenn die — ausschließlich in einem Teilrechtsgebiet begangene<sup>51</sup> — Tat nach beiden (Teil-)Rechtsordnungen strafbar ist und das Heimatrecht das strengere ist<sup>52</sup>. Weitaus wichtiger ist jedoch das auch im Rahmen der Herstellung der Deutschen Einheit (nahezu allein) erörterte Problem, ob ein westdeutscher Arzt oder eine westdeutsche Frau in Übereinstimmung mit dem Abtreibungsrecht der neuen Länder, aber im Widerspruch zu §§ 218 f StGB im Beitrittsgebiet straflos abtreiben kann. Im Hinblick darauf soll diese Problematik zunächst erörtert werden.

a) Geht man von der Geltung eines strikten Tatortprinzips aus, so ist die zuletzt gestellte Frage im Sinne der Straflosigkeit westdeutscher Personen schnell beantwortet. Die Folge wäre, daß die Strafdrohung des § 218 StGB zwar in aller Welt (§ 5 Nr. 9 StGB), nicht aber in einem

<sup>34</sup> Vgl. dazu, daß bereits der Embryo Deutscher im Sinne von § 7 Abs. 1 StGB ist: BGHSt. 18, 283/285 f.; Koch aaO (Fn. 31) S. 109; Dreher/Tröndle Rdn. 6 zu § 7 StGB.

<sup>35</sup> § 80 Abs. 2 StGB-DDR, der ein uneingeschränktes Personalitätsprinzip statuiert hat (vgl. Strafrecht der DDR — Kommentar — [Fn. 22], Anm. 6, 7 zu § 80 StGB; Lammich aaO [Fn. 21], S. 347), zählt hingegen nicht zu den aufrechterhaltenen Regelungen des Strafrechts der DDR.

<sup>36</sup> Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages, § 5 Nr. 9 StGB.

<sup>37</sup> Vgl. Roxin, JA 1981, 226.

<sup>38</sup> Für die Wissenschaft wird sich ein weites Feld der Erörterung bieten.

<sup>39</sup> Vgl. Viehmann aaO (Fn. 5); Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1050; Strömer aaO (Fn. 3) S. 13 f.

<sup>40</sup> Jescheck, Lehrbuch des Strafrechts Allgemeiner Teil, 4. Aufl. 1988, S. 169 m. w. N.

<sup>41</sup> Allgemeine Meinung, vgl. etwa LK-Tröndle Rdn. 91 Vor § 3 StGB; Oehler, Internationales Strafrecht, 1973, S. 35 f.; Jescheck aaO (Fn. 40), jeweils mit zahlreichen Nachweisen.

<sup>42</sup> LK-Tröndle Rdn. 91 Vor § 3 StGB.

<sup>43</sup> Denkbar ist allerdings auch der umgekehrte Fall. Beispielsweise würde sich ein in den neuen Bundesländern ambulant abtreibender westdeutscher Arzt nach § 153 Abs. 1 StGB i. V. m. § 2 Abs. 1 SchwAG, § 4 Abs. 1 DB strafbar machen, auch wenn er die §§ 218 f StGB nicht verletzt, vgl. hierzu auch unten 2.

<sup>44</sup> St. Rspr. des Reichsgerichts seit RGSt. 74, 219/220; vgl. etwa RGSt. 75, 104/106 f.; 76, 201/202; vom BGH fortgeführt in BGHSt. 4, 396/398, 399; siehe auch Doebering, Der Staat (4) 1965, 259/270.

<sup>45</sup> Oehler aaO (Fn. 41) S. 36; Jescheck aaO (Fn. 41) S. 170; BGHSt. 11, 365/369, 370.

<sup>46</sup> H. M. vgl. RGSt. 75, 385; LK-Tröndle Rdn. 92 Vor § 3 StGB; Lemke aaO (Fn. 3) Rdn. 46 Vor § 3 StGB.

<sup>47</sup> Vgl. im einzelnen unten.

<sup>48</sup> Vgl. Strafrecht der DDR — Kommentar — (Fn. 22), Anm. 2 zu § 153 StGB; Lammich aaO (Fn. 21) S. 343/344 und 360; Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1053.

<sup>49</sup> § 1 Abs. 2 SchwAG, § 4 Abs. 1 DB; ob die Strafdrohung für die Vornahme des Eingriffs außerhalb staatlicher Einrichtungen mit dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Ultima-ratio-Grundsatz vereinbar ist, erscheint zweifelhaft. Bezweckt war damit wohl, die von den Kirchen getragenen Krankenhäuser auszuschließen, vgl. Lammich aaO (Fn. 21) S. 356/357. Man wird die Bestimmungen verfassungskonform dahin interpretieren müssen, daß ein i. ü. nicht rechtswidriger Eingriff in Krankenhäusern straffrei erfolgen kann. In den alten Bundesländern besteht lediglich die bußgeldbewehrte Pflicht, den Abbruch in einem Krankenhaus oder in einer hierfür zugelassenen Einrichtung durchzuführen, Art. 3 Abs. 1, 2 des 5. StrRG (Fn. 9); in Bayern und Baden-Württemberg darf der Eingriff nur in Krankenhäusern vorgenommen werden, sonstige Einrichtungen sind nicht zugelassen, vgl. hierzu Koch aaO (Fn. 41) S. 178 ff. dort auch zur Problematik der ambulanten Durchführung.

<sup>50</sup> Lammich aaO (Fn. 21) S. 360.

<sup>51</sup> Sonst gilt oben 1 a. E.

<sup>52</sup> Zu denken ist etwa an die Konkurrenz zwischen den in § 218 Abs. 2 StGB geregelten besonders schweren Fällen zu den Qualifikationen der §§ 154 f StGB-DDR; s. zu letzterem Lammich aaO (Fn. 21) S. 363 f.

Teilgebiet im Inland gelten würde<sup>53</sup>. Daß dies einen Wertungswiderspruch darstellt, liegt auf der Hand.

aa) Vor das Problem, ob international-rechtliche Kategorien in das interlokale Strafrecht einwirken können, sah sich die Rechtsprechung bereits einmal gestellt. Nach der Spaltung Deutschlands war mehrfach zu entscheiden, ob im Verhältnis zur damals noch als Inland zu betrachtenden SBZ das (bundes-)deutsche Staatsschutzstrafrecht Anwendung finden könne. Tatort war jeweils ausschließlich die SBZ und die Täter hatten auch dort ihre Lebensgrundlage. Unter Anwendung interlokalen Strafrechts<sup>54</sup> kamen die Gerichte soweit ersichtlich überwiegend zu dem Ergebnis, daß das Staatsschutzstrafrecht der Bundesrepublik anwendbar sei<sup>55</sup>. Zur Begründung wurde angeführt, § 4 Abs. 3 Nr. 2 StGB a.F. bedrohe Ausländer bei landesverräterischen Handlungen auch dann mit Strafe, wenn die Tat ausschließlich im Ausland begangen worden sei. Eine Strafbarkeit müsse dann erst recht für einen deutschen Staatsangehörigen (SBZ-Bewohner) gegeben sein, der die Tat im Inland begehe<sup>56</sup>.

bb) Im Anschluß an den durch die vorgenannte Rechtsprechung entwickelten Gedanken wird im Schrifttum die Auffassung vertreten, daß das Tatortprinzip des interlokalen Strafrechts allgemein eine Ergänzung bzw. Einschränkung bei solchen Taten erfahre, die in einem Teilrechtsgebiet ohne Rücksicht auf den Tatort schlechthin unter Strafe gestellt sind<sup>57</sup>. Dem ist zu folgen. Es kann in der Tat nicht nachvollzogen werden, wenn der Gesetzgeber die von ihm als besonders wichtig eingeschätzten Rechtsgüter der §§ 5, 6 StGB zwar im Ausland schützt, nicht jedoch für interlokal abweichende Teilrechtsordnungen. Damit würde in einem Teilgebiet eines Landes ein Straffreiheitsreservat gebildet, das es sogar im Verhältnis zum Ausland nicht gibt.

Das auf RGSt. 74, 219/220 f zurückgehende Argument gegen die Berücksichtigung des Wohnortrechts, daß es eine der Staatsangehörigkeit entsprechende Landesangehörigkeit nicht gebe und die persönliche Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gebietsteil häufig zweifelhaft sei und auch einem beständigen Wechsel unterliegen könne, kann dem wohl nicht mehr entgegengehalten werden. Das internationale Strafrecht stellt in mehreren Vorschriften auf das Wohnsitz<sup>58</sup> bzw. Lebensgrundlageprinzip<sup>59</sup> ab. Diese Begriffe erscheinen demnach hinreichend gesichert. Die mit einem Wechsel verbundenen Unwägbarkeiten sind dabei in der Ungleichheit des geltenden Rechts angelegt und bestehen beispielsweise für die Anwendung des internationalen Strafrechts in gleicher Weise<sup>60</sup>. Auch Bedenken aus dem Nullum-crimen-Satz<sup>61</sup> erscheinen nicht gerechtfertigt. Der in § 5 Nr. 9 StGB geregelte aktive und passive Personalitätsgrundsatz<sup>62</sup> verlangt von jedem Bürger der alten Bundesländer eine Beachtung der §§ 218 f StGB in der ganzen Welt. Ist dem aber so, so kann sich der Täter nicht berechtigt fühlen, im Inland diese Normen zu verletzen. Der Zweck des Art. 103 Abs. 2 GG und des § 1 StGB, die Voraussehbarkeit und Vorausberechenbarkeit einer strafrechtlichen Sanktion zu gewährleisten, ist demnach nicht beeinträchtigt<sup>63</sup>.

b) Für den umgekehrten Fall der Strafbarkeit eines Bürgers aus den neuen Bundesländern, dessen im ehemaligen Bundesgebiet begangene Tat zwar die §§ 153 ff StGB-DDR i. V. m. dem SchwAG und den DB verletzt, nicht aber die §§ 218 ff StGB, fehlt eine dem § 5 Nr. 9 StGB entsprechende international-rechtliche Vorschrift<sup>64</sup>. Insoweit wird der Meinungsstreit akut, ob das Wohnsitz-

recht generell zur Anwendung kommt, wenn es gegenüber dem Tatortrecht das strengere ist und an den Wohnsitz des Täters anknüpft<sup>65</sup>. Es erscheint gut vertretbar, auch hier das Heimatrecht anzuwenden. Wie bereits ausgeführt (oben a) schlägt das Argument der fehlenden Landeszugehörigkeit nicht mehr durch. Einer ausdrücklichen Ausdehnung des Geltungsbereichs des Rechts der neuen Bundesländer, die für Landesstrafrecht nach Art. 2 Nr. 1 EGStGB möglich ist, bedarf es im Hinblick darauf, daß partielles Bundesrecht in Frage steht, dabei wohl nicht. Ein Anhaltspunkt dafür, daß der Einigungsvertrag davon ausgeht, daß der Strafrechtsschutz der §§ 153 ff StGB-DDR auch außerhalb der neuen Bundesländer bestehen solle, kann i. ü. wohl in Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages gefunden werden.

<sup>53</sup> Der Erzeuger des Kindes, der häufig derjenige ist, der die größte Schuld auf sich geladen hat (vgl. Tröndle aaO [Fn. 10] S. 57 ff.), wäre freilich auch dann nicht straflos gestellt. Läßt er die Schwangere in Kenntnis ihrer Absichten zu einer Abtreibung in die neuen Bundesländer fahren, so macht er sich als Unterlassungstäter nach § 218 StGB strafbar. Als Garant für das von ihm erzeugte werdende Leben (vgl. Eser/Hirsch, Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation 1980, S. 108) trifft ihn die strafbewehrte Pflicht, sie von ihrem Vorhaben abzuhalten, wobei Tatort nach allgemeinen Grundsätzen auch der Ort ist, an dem er hätte handeln müssen, mithin ein „altes“ Bundesland. Ist er lediglich Teilnehmer, etwa weil er mangels Kenntnis von der Abreise keine Möglichkeit zum Einschreiten hat, und begehrt er eine Teilnahmehandlung an einem Ort, an dem die §§ 218 ff StGB gelten, so kann er, sofern die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, nach §§ 218, 26, 27 StGB belangt werden. Daß die Haupttat nach Tatortrecht nicht mit Strafe bedroht ist, ändert hieran nichts. Denn nach interlokalem Strafrecht kommt es darauf an, ob die Haupttat nach dem Recht des Gebiets, in dem der Teilnehmer gehandelt hat oder hätte handeln müssen, strafbar wäre (LK-Tröndle Rdn. 93 Vor § 3 StGB; Schröder, DR 1942, 1115/1123). Dieses Ergebnis mag überraschen, für das internationale Strafrecht gilt jedoch nichts anderes, § 9 Abs. 2 Satz 2 StGB.

<sup>54</sup> Vgl. zur Begründung BGHSt. 7, 53/55; gegen den interlokalen Ansatz des BGH wurden im Laufe der Zeit zunehmend kritische Stimmen laut. Es wurde geltend gemacht, daß spätestens seit dem Inkrafttreten des „sozialistischen Strafgesetzes“ vom 12.1.1968 (GBl.-DDR I S. 1) die Rechtsordnungen beider Teile Deutschlands so weit auseinander entwickelt seien, daß für eine interlokale Betrachtungsweise kein Raum mehr sei (vgl. zum Meinungsstand zusammenfassend Mösl in Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch 1974, Vor § 3, Rdn. 75 ff; s. auch Schult, JR 1968, 41; Mattil, GA 1958, 142; Bruhn, MDR 1970, 638; Doebring aaO [Fn. 44]); seit Inkrafttreten des Grundlagenvettrages kann wohl die Meinung, im Verhältnis zur damaligen DDR sei internationales Strafrecht entweder unmittelbar oder zumindest analog anzuwenden, als herrschend bezeichnet worden (vgl. LK-Tröndle Rdn. 95 ff Vor § 3 StGB). In seiner Entscheidung vom 26.11.1980 (BGHSt. 30, 1) hat der BGH den interlokalen Ansatz aufgegeben und die entsprechende Anwendung des internationalen Strafrechts befürwortet (aaO S. 5).

<sup>55</sup> Vgl. insbesondere KG NJW 1956, 1570; — ohne Begründung — BGHSt. 10, 163; weitere Nachweise auch unveröffentlichter Entscheidungen bei Rubrmann, ZStW 72 (1960) 124 ff; Endemann, NJW 1966, 2381 bezeichnet diese Rechtsprechung für § 89 StGB a.F. als gesichert.

<sup>56</sup> Besonders deutlich: KG aaO (Fn. 55): „Zwingende Schlußfolgerung aus diesen Bestimmungen, die eindeutig erkennen lassen, daß der Gesetzgeber hier jede Lücke schließen wollte“; hierzu Rubrmann aaO (Fn. 55) S. 136.

<sup>57</sup> Vgl. insbesondere Schönke/Schröder/Eser Rdn. 55 Vorbem. §§ 3 bis 7 StGB; sowie Jescheck aaO (Fn. 41) S. 169; ebenso jetzt Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1050, 1054 und Strömer (Fn. 3) S. 14. Dieser Auffassung wird soweit ersichtlich jedenfalls nicht ausdrücklich widersprochen; die neuere Kommentarliteratur äußert sich jeweils nur zur generellen Frage der Heranziehung des Wohnortrechts, ohne zur Frage der Überlagerung Stellung zu nehmen; Eser, in: Schönke/Schröder, Rdn. 55 Vorbem. §§ 3 bis 7 StGB wird auch nicht als abweichende Meinung zitiert, angeführt ist jeweils nur Rdn. 54, vgl. SK StGB-Samson Rdn. 17 zu § 3 StGB; LK-Tröndle Rdn. 91 zu § 3 StGB Fn. 28; vgl. auch Jakobs, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 1983, S. 100 Fn. 74.

<sup>58</sup> § 5 Nr. 6 StGB.

<sup>59</sup> § 5 Nrn. 3 a, 5 b, 8, 9 StGB, siehe auch § 100 Abs. 1 StGB.

<sup>60</sup> Nach Art. 1 b EGStGB i. d. F. des Einigungsvertrages besteht im Verhältnis der beiden Teilrechtsordnungen zueinander das in den international-rechtlichen Vorschriften des § 5 StGB enthaltene zusätzliche Korrektiv der Staatsangehörigkeit nicht; gleiches gilt für die auf das Lebensgrundlageprinzip abstellende Kollisionsregelung des Art. 1 a Nr. 2 i. d. F. des Einigungsvertrages (i. E. ebenso Strömer aaO [Fn. 3] S. 14; a. A. Dreher/Tröndle Rdn. 9 zu § 5 StGB).

<sup>61</sup> Art. 103 Abs. 2 GG, § 1 StGB.

<sup>62</sup> Schönke/Schröder/Eser Rdn. 17 zu § 5 StGB; verkürzend Strömer aaO (Fn. 3) S. 14.

<sup>63</sup> Für die Unanwendbarkeit des Analogieverbots auf das Strafanwendungsrecht schlechthin Bath, Jura 1985, 197/200; hierzu kritisch Krey/Arenz, JR 1985, 399/402.

<sup>64</sup> Zu § 80 Abs. 2 StGB-DDR vgl. oben Fn. 35.

<sup>65</sup> Vgl. einerseits Schönke/Schröder/Eser Rdn. 54 Vorbem. §§ 3 bis 7 StGB; Jescheck aaO (Fn. 41) S. 169; für den Fall, daß partielles Bundesrecht in Frage steht, wohl ebenso LK-Tröndle Rdn. 91 Vor § 3 StGB sowie Mösl aaO (Fn. 54) Rdn. 71 Vor § 3 StGB; s. aber jetzt Dreher/Tröndle aaO (Fn. 60); andererseits SK StGB-Samson Rdn. 17 zu § 3 StGB; Oehler aaO (Fn. 41) S. 36.

c) Mit dem Argument, daß es nicht unberechtigt erscheint, den Täter nach seinem Heimatrecht verantwortlich zu machen, wenn es gegenüber dem Tatortrecht das strengere ist<sup>66</sup>, können auch die Fälle gelöst werden, in denen eine Konkurrenz zwischen den §§ 218 ff StGB (insbesondere § 218 Abs. 2 StGB) und der §§ 153 ff StGB-DDR (insbesondere §§ 154 f StGB-DDR) besteht.

#### VI. Entstehungsgeschichte des Einigungsvertrages

Denkbar ist allerdings, daß die Entstehungsgeschichte des Einigungsvertrages der Berücksichtigung des Wohnortprinzips entgegensteht. Es könnte argumentiert werden, daß nach der Vertragsgeschichte und dem historischen Willen der Einigungsvertragsgesetzgeber das reine Tatortprinzip für Abtreibungen gewollt sei, womit insoweit einer Interpretation im obengenannten Sinne der Boden entzogen sei. Eine solche Argumentation erscheint jedoch nicht überzeugend.

1. Wie auch sonst<sup>67</sup> macht es vorliegend bereits erhebliche Probleme, den „Willen“ des Gesetzgebers sowie die Personen oder das Gremium festzustellen, auf deren Normvorstellungen es ankommen soll<sup>68</sup>:

- Einen gewissen Anhaltspunkt, daß der historische Gesetzgeber das reine Tatortprinzip *nicht* wollte, könnte der Umstand bieten, daß § 1 DB in Kraft geblieben ist. Dort ist bestimmt, daß das „Recht“ zum Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich nur Frauen zusteht, die die Staatsbürgerschaft der DDR besitzen oder beantragt haben oder mit Staatsbürgern der DDR verheiratet sind oder staatenlos sind und ihren Wohnsitz in der DDR haben<sup>69</sup>. Sofern es sich um eine bewußte Entscheidung und nicht lediglich um einen Redaktionsfehler handelt, könnte hieraus gefolgert werden, daß Frauen, die nicht die — ehemalige — Staatsbürgerschaft der DDR hatten bzw. zumindest dort wohnhaft sind, das „Recht“ zum Schwangerschaftsabbruch nicht gewährt werden sollte<sup>70</sup>.
- Ein Wille der Bundesregierung<sup>71</sup>, das reine Tatortprinzip für Schwangerschaftsabbrüche festzulegen, läßt sich weder der Denkschrift zum Einigungsvertrag<sup>72</sup> noch den Erläuterungen zu den Anlagen des Einigungsvertrages<sup>73</sup> entnehmen. Auf einen solchen Willen kann auch nicht daraus geschlossen werden, daß der ursprüngliche Formulierungsvorschlag zur ausdrücklichen Normierung eines kombinierten Tatort-/Wohnsitzprinzips<sup>74</sup> gestrichen wurde. Hätte sich die Bundesregierung auf das Tatortprinzip festlegen wollen, so hätte sie Absatz 1 des Vorschlages beibehalten und lediglich Absatz 2 streichen müssen. Aus Absatz 1 hätte sich dann die Geltung des Tatortprinzips ergeben. Dies hat sie jedoch — wie man annehmen muß — bewußt, nicht getan, sondern die gesamte Regelung herausgenommen. Hieraus muß der Schluß gezogen werden, daß die Klärung der Frage der Rechtsprechung überlassen bleiben sollte<sup>75</sup>.
- In der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Ausschusses Deutsche Einheit vom 18. 9. 1990<sup>76</sup> ist ausgeführt, daß unterschiedliches Strafrecht „auf der Grundlage des sogenannten Tatortprinzips“ für eine Übergangszeit gelten werde.
- Stellt man auf die über das Einigungsvertragsgesetz abstimmenden Parlamentarier ab<sup>77</sup>, so ergibt sich kein einheitliches Bild:
  - Es kann davon ausgegangen werden, daß viele

Abgeordnete, insbesondere der Opposition, das reine Tatortprinzip wollten<sup>78</sup>.

- Nahezu alle Abgeordnete der Unionsfraktion und auch Angehörige der FDP-Fraktion lehnten das reine Tatortprinzip hingegen ab. Sie waren lediglich der (irrigen) Auffassung, daß das reine Tatortprinzip gelten werde und stimmten dem Ratifizierungsgesetz unter großen Vorbehalten zu oder stimmten dagegen<sup>79</sup>.
- Schließlich erklärten aber auch Abgeordnete, daß sie von der Geltung des Wohnortprinzips ausgingen<sup>80</sup>.

Insgesamt ist ein eindeutiger Wille des Gesetzgebers in Richtung auf die Festlegung des reinen Tatortprinzips demnach nicht festzustellen. Demgegenüber bestand aber wohl eine überwiegende Auffassung, daß sich Derartiges nach den Regeln des interlokalen Strafrechts, die ergänzend heranzuziehen seien, ergebe.

2. Nimmt man den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Koalition hinzu, so sind ebenfalls gegenläufige Tendenzen feststellbar. Denn die Argumentation ging dahin, daß

- begründungspflichtig sei, wer an den anerkannten Regeln des interlokalen Strafrechts etwas ändern wolle und daß
- nach interlokalem Strafrecht das reine Tatortprinzip gelte.

Entfällt nun aufgrund einer Fehleinschätzung, die maßgeblich auch den Gesetzgebungsverlauf beeinflusst hat, die zweite Voraussetzung, so tritt die erste wieder in Kraft. Es wäre demnach begründungspflichtig gewesen, wer das reine Tatortprinzip hätte einführen wollen. Wie es sich ausgewirkt hätte, wenn die Rechtslage anders gesehen worden wäre, kann nachträglich nicht sicher beurteilt werden.

3. Folgt man nun der hier vertretenen Auffassung zur ergänzenden Berücksichtigung des Wohnortprinzips, so lag beim überwiegenden Teil der am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten ein „Motivirrtum“ vor. Sie waren der Meinung, daß ohne eine Regelung im Einigungsvertrag nach den bestehenden Regeln des interlokalen Strafrechts das reine Tatortprinzip gelte. Daß es im interlokalen Strafrecht Ausnahmen vom Tatortprinzip gibt, war den meisten nicht bekannt. Fehlvorstellungen des Gesetzgebers über die Rechtslage bleiben aber nach allgemeinen

<sup>66</sup> Vor allem Jescheck aaO (Fn. 41) S. 169.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu BGHSt. 1, 74/76.

<sup>68</sup> BGH aaO (Fn. 67); Lorenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 4. Auflage 1979, S. 315 ff; Schönke/Schröder/Eser Rdn. 41 zu § 1 StGB.

<sup>69</sup> Vgl. zu den Ausnahmen Lammich aaO (Fn. 21) S. 352 f.

<sup>70</sup> Wie die Gerichte diese Bestimmung für die Strafbarkeit der sonstigen am Schwangerschaftsabbruch Beteiligten interpretieren werden, bleibt abzuwarten; vgl. hierzu ausführlich Philipp aaO (Fn. 7) S. 2; s. auch Dreher/Tröndle aaO (Fn. 60).

<sup>71</sup> Die Vertragspartner des Einigungsvertrages ist.

<sup>72</sup> BR-Drucks. 600/90.

<sup>73</sup> BT-Drucks. 11/7817.

<sup>74</sup> Vgl. oben III.

<sup>75</sup> Im Ergebnis ebenso Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1050.

<sup>76</sup> BT-Drucks. 11/7920 S. 3; vgl. auch S. 15.

<sup>77</sup> Im Hinblick darauf, daß gesicherte Unterlagen über den Verlauf der Beratungen in der Volkskammer nicht vorliegen, wird nur auf die Beratung im Bundestag eingegangen.

<sup>78</sup> Vgl. in diesem Sinne etwa die Abgeordnete Däubler-Gmelin, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte der 222. Sitzung, S. 1749.

<sup>79</sup> Vgl. etwa die Erklärungen der Abgeordneten Götz und Todenhöfer im Rahmen ihrer nach § 31 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags abgegebenen Erklärungen (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte der 226. Sitzung, Anlage 2, S. 17936 und 17949).

<sup>80</sup> Erklärung des Abgeordneten Austermann sowie insbesondere des Abgeordneten Kappes (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte der 226. Sitzung, Anlage 2, S. 17931 und 17940).

Auslegungsgrundsätzen unberücksichtigt, wenn der „wahre“ Wille des Gesetzgebers im Gesetz auch nicht andeutungsweise seinen Niederschlag gefunden hat<sup>81</sup>. Dies gilt auch und gerade bei Gesetzen, die nicht das Ergebnis einer ruhigen Rechtsentwicklung sind, sondern ohne vertiefte Durchbildung zustande kommen<sup>82</sup>. Ein etwaiger Wille des historischen Gesetzgebers hat deshalb außer Betracht zu bleiben.

#### VII. Auswirkungen auf §§ 200 f, g RVO

Im Hinblick darauf, daß für Abtreibungen westdeutscher Frauen im Gebiet der ehemaligen DDR das Wohnortprinzip gilt, ist auch eine andere, schon während des Einigungsprozesses angesprochene Frage<sup>83</sup> beantwortet. Ein im Beitrittsgebiet begangener, nicht indizierter Schwangerschaftsabbruch westdeutscher Frauen stellt eine „rechtswidrige“ Tat i. S. der §§ 200 f, g RVO dar. Eine „Kassenfinanzierung“ derartiger Abtreibungen kommt deshalb nicht in Betracht. Soweit Presseberichte aus jüngster Zeit<sup>84</sup> zutreffen sollten, daß verschiedene Krankenkassen gleichwohl eingetreten sind, ist diese Verfahrensweise gesetzeswidrig<sup>85</sup>.

#### VIII. Zusammenfassung

Mit dem Einigungsvertrag wurde unterschiedliches Strafrecht für den Schwangerschaftsabbruch in Deutschland geschaffen. Die §§ 218 ff StGB wurden auf das Beitrittsgebiet nicht erstreckt, vielmehr blieb die dort geltende Fristenregelung in Kraft.

Ungeklärt und im Einigungsvertrag ungeregt ist insoweit das Strafanwendungsgebiet, also die Frage, welches partielle Strafrecht zur Anwendung kommt, wenn Wohnort und Tatort auseinanderfallen. Insoweit gelten (gewöhnheitsrechtlich) die Grundsätze des interlokalen Strafrechts.

Der maßgebliche Anknüpfungspunkt des interlokalen Strafrechts, das Tatortprinzip, erfährt bei bestimmten hochrangigen Rechtsgütern, die nach den §§ 5, 6 StGB weltweit geschützt sind, eine Einschränkung: Insoweit gilt das strengere Wohnortprinzip.

Das Leben der Leibesfrucht ist nach § 5 Nr. 9 StGB weltweit geschützt. Für Bürger der alten Bundesländer kann es deshalb in den neuen Bundesländern kein „Straffreiheitsreservat“ geben. Auch für dort vorgenommene Schwangerschaftsabbrüche gelten insoweit die §§ 218 f StGB.

Das Strafanwendungsrecht hat Auswirkungen auf die Leistungen der Krankenkassen nach §§ 200 f, g RVO. Die Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen im Beitrittsgebiet, die Bürger (z. B. Ärzte) oder Bürgerinnen der alten Bundesländer dort vorgenommen haben, sind nach §§ 200 f, g RVO nicht erstattungsfähig — weil rechtswidrig —, wenn die Strafbarkeitsvoraussetzungen der §§ 218 f StGB vorgelegen haben, insbesondere wenn keine Indikation gegeben war.

## Die internationale Zusammenarbeit bei der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten

— Das Straßburger Übereinkommen vom 8. 11. 1990 —

(European Treaty Series [ETS] Nr. 141)

Von Regierungsdirektor Michael Grotz, Bonn

I. 1. Das Übereinkommen über das Waschen, das Aufspüren, die Beschlagnahme und die Einziehung von Erträgen aus Straftaten, geht auf einen Beschluß der XV. Europäischen Justizministerkonferenz vom 26. 6. 1986 in Oslo zurück, durch den der Strafrechtslenkungsausschuß des Europarates beauftragt worden war, die Möglichkeiten zu prüfen, die für den Bereich der Drogenbekämpfung auf der Grundlage der bestehenden europäischen strafrechtlichen Übereinkommen gegeben sind. Der Strafrechtslenkungsausschuß beauftragte seinerseits den Fachausschuß PC-R-SC, die Anwendbarkeit der bestehenden europäischen Strafrechtskonventionen hinsichtlich des Aufspürens, der Sicherstellung und des Verfalls der Gewinne aus Straftaten zu prüfen und, falls dies notwendig sein sollte, ein geeignetes europäisches Rechtsinstrument in diesem Bereich vorzubereiten.

Eine Überprüfung der bereits vorhandenen Konventionen des Europarates, nämlich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (ETS Nr. 30), des Europäischen Übereinkommens über die internationale Geltung von Strafurteilen (ETS Nr. 70) und des Europäischen Übereinkommens über die Übertragung der Strafverfolgung (ETS Nr. 73) — von diesen letzten beiden hat die Bundesrepublik Deutschland nur ersteres gezeichnet — kam zu dem Ergebnis, daß diese keine ausreichende Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten darstellen. Demzufolge setzte sich der Ausschuß zum Ziel, ein umfassendes Übereinkommen zu erarbeiten, daß das gesamte Verfahren von den ersten Ermittlungen bis zum Erlaß und der Vollstreckung von Einziehungs- und Verfallsanordnungen erfaßt und daß einen flexiblen, aber effektiven Mechanismus der internationalen Zusammenarbeit bei der Gewinnabschöpfung ermöglichen sollte.

Über das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20. 12. 1988 (E/Conf. 82/15 — im folgenden: Wiener Übereinkommen) hinaus, das sich auf Betäubungsmitteldelikte beschränkt, soll das nunmehr erarbeitete Übereinkommen die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung, Durchsuchung, Beschlagnahme und Einziehung der Erträge bei allen Arten der Kriminalität ermöglichen, insbesondere bei

<sup>81</sup> Vgl. Jescheck aaO (Fn. 41) S. 140 Fn. 20; BGHSt. 1, 74/76; 11, 52/53, ebenso Schneiders aaO (Fn. 5) S. 1050.

<sup>82</sup> BGHSt. 1, 74/76.

<sup>83</sup> Offenbar hat das Bundesversicherungsamt im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geäußert, die Kosten eines unter Verstoß gegen § 218 StGB vorgenommenen Schwangerschaftsabbruchs seien ersatzfähig, vgl. MdB Werner, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte der 226. Sitzung, S. 17893.

<sup>84</sup> Nürnberger Nachrichten vom 14. 1. 1991, dort wird die Aussage eines Frauenarztes aus Suhl wiedergegeben, die „Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen (sei) offenbar überhaupt kein Problem“.

<sup>85</sup> I. ü. begegnet eine solche Sachbehandlung, selbst wenn man der hier vertretenen Meinung nicht folgt, erheblichen verfassungsrechtlichen sowie sozialversicherungsrechtlichen Bedenken; vgl. insbesondere auch zum letzteren Philipp aaO (Fn. 7).